



Antrag: A5 Gegen jede Form von Abschiebungen
Antragsteller_in: BDP Landesverband Thüringen
Eingereicht am: 19.11.2025

Die BDV möge beschließen:

1. Menschenrechte statt Abschiebepolitik

Der BDP lehnt jede Form von Abschiebung ab. Abschiebungen und auch die Androhung von Abschiebung verletzen Menschenrechte und individuelle Freiheiten, bedrohen die physische und psychische Unversehrtheit der Betroffenen und widersprechen den Grundprinzipien einer solidarischen Gesellschaft. Sicherheit und gesellschaftliche Zugehörigkeit in Deutschland dürfen nicht an Herkunft, Staatsbürger*innenschaft, Aufenthaltsstatus, Leistung oder ökonomische Verwertbarkeit gebunden sein.

Auch prekäre Aufenthaltstitel, Kettenduldungen und Arbeitsverbote erzeugen permanente Angst vor Abschiebung und wirken als strukturelle Gewalt, die im Widerspruch zum Schutzauftrag von Menschenwürde und Grundrechten steht.

2. Schutz gefährdeter Menschen

Abschiebungen gefährden Menschen in prekären Lebenssituationen, insbesondere jene, die vor Krieg oder anderen bewaffneten Konflikten, politischer Verfolgung, Armut, Gewalt, patriarchalen, frauenfeindlichen und queerfeindlichen Strukturen, religiösem Fundamentalismus oder den Folgen der Klimakatastrophe geflohen sind. Die Gründe, aus denen Menschen ihr Heimatland verlassen, sollen nicht zu Lasten der Betroffenen bewertet oder beurteilt werden.

Abschiebungen treffen besonders Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, deren Bildungsbiografien, Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten durch Abschiebeandrohungen und nächtliche Zugriffe massiv beeinträchtigt werden.

Alle Menschen müssen das Recht haben, ohne Angst ein neues Zuhause finden zu können. Die Verantwortung einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Gesellschaft besteht darin, Menschen und ihre Bewegungsfreiheit zu schützen.

3. Keine Kooperation mit autoritären und islamistischen Regimen

Abschiebungen in autoritäre, islamistische, kriegsgeprägte oder anderweitig unsichere Regionen setzen Menschen erheblichen Risiken aus. Abschiebungen in Länder wie Syrien, Iran oder Afghanistan



bringen Menschen in Lebensgefahr und stabilisieren gleichzeitig autoritäre, islamistische und menschenverachtende Regime. Diese werden durch solche Praktiken und entsprechende Abkommen politisch gestärkt und diplomatisch normalisiert, mit gravierenden Folgen für die Menschen unter ihrer Herrschaft sowie im geopolitischen Einflussgebiet der Regime.

Für Regime wie die Taliban in Afghanistan, die HTS-nahe Verwaltung im Nordwesten Syriens (HTS = Hayat Tahrir al-Sham, eine dschihadistische Gruppe) oder das iranische Mullah-Regime (Bezeichnung für das seit 1979 herrschende theokratisch-autoritäre System der Islamischen Republik Iran, das systematisch Frauen, TINA*-Personen, queere Menschen, ethnische und religiöse Minderheiten sowie politische Opposition unterdrückt) darf keine politische und diplomatische Anerkennung erfolgen. Wo sie bereits erfolgt ist, muss sie umgehend zurückgenommen werden. Bestehende Abschiebeabkommen müssen ersatzlos aufgekündigt werden. Jede Form solcher Interaktion stabilisiert die Herrschaft dieser Regime und gefährdet insbesondere Frauen, TINA*-Personen (trans*, inter*, nicht-binär, agender), queere Menschen, religiöse, kulturelle und ethnische Minderheiten und politische Dissident*innen. Das entsprechende Vorgehen der Bundesregierung kritisieren wir daher in aller Schärfe.

4. Abschiebeknäste und Abschiebehaft abschaffen

Abschiebehaft und Abschiebeknäste sind abzulehnen. Die Inhaftierung von Menschen ohne strafrechtliche Verurteilung zur Vorbereitung einer Abschiebung ist eine schwerwiegende Einschränkung der Freiheit und widerspricht menschenrechtlichen Prinzipien.

5. Abschiebungen lösen keine gesellschaftlichen Probleme

Reale gesellschaftliche Probleme wie Armut, Diskriminierung, ungleiche Zugänge, soziale Ausgrenzung, wirtschaftliche Krisen, Islamismus und Antisemitismus werden nicht durch Abschiebungen gelöst. Abschiebepolitik ist symbolische Härte, aber keine Lösung.

Eine verantwortliche Politik setzt auf Menschenrechte, faire Teilhabe, sozialen Ausgleich, Bildung, soziale Gerechtigkeit und solidarische Strukturen und unterbindet konsequent Menschenfeindlichkeit, ohne dabei rassistische Strukturen oder Ideologien zu reproduzieren.

Die zunehmende politische Normalisierung von Abschiebungen steht zudem in direkter Kontinuität zu illegalen Pushbacks an den EU-Außengrenzen, mit denen grundlegende Menschenrechte territorial relativiert und Schutzsuchenden systematisch abgesprochen werden.

6. Solidarität statt Abschiebepolitik

Der BDP erklärt seine Solidarität mit allen Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, setzt sich gegen jede Normalisierung von Abschiebungspolitik ein und für die Abschaffung jeglicher Form von Abschiebung.



Begründung:

Abschiebungen werden in gesellschaftlichen und politischen Debatten als Instrument vermeintlicher Ordnung oder Sicherheit dargestellt. Diese weitere Verschiebung hin zu einer Politik symbolischer Härte verschleiert jedoch, dass Abschiebungen keine der realen Herausforderungen lösen und stattdessen Menschenleben gefährden. In öffentlichen Diskursen wird häufig versucht, Migration zu problematisieren oder Menschen nach Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort zu sortieren. Ein emanzipatorischer Jugendverband muss dieser Logik entschieden widersprechen.

Statt konstruktive Lösungen zu fördern, stärken Abschiebungen autoritäre und islamistische Regime, reproduzieren rassistische Ausschlüsse und unterminieren die Einhaltung universeller Menschenrechte. Die Klimakatastrophe, globale Ungleichheit, patriarchale Gewalt, politische Instabilität zwingen immer mehr Menschen zur Flucht. Ihre Beweggründe dürfen nicht gegeneinander gewertet werden und ihnen gilt unsrer Solidarität.

Dies ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Verbandsidentität, welche in der gegenwärtigen Zeit erneut klar und gegenwartsbezogen bekräftigt werden sollte. Wenn menschenfeindliche Positionen wieder rasant an Einfluss gewinnen und solidarische Perspektiven unter Druck stehen, ist es notwendig, dass der BDP sein gesellschaftliches Profil schärft und klare menschenrechtliche Positionen bezieht. Als emanzipatorischer Jugendverband tragen wir Verantwortung, Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenzutreten, Betroffene innerhalb und außerhalb unseres Verbandes zu unterstützen und sichtbar für eine offene und solidarische Gesellschaft einzustehen.